



## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der regionalen ländlichen Entwicklung in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt (RELE 2014-2020),  
Teil A Ländlicher Wegebau Förderprogramm (FP) 6302 und Teil C Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, freiwilliger Landtausch, Flurbereinigung FP 6104 Ausführungskosten

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

EU-Betriebsnummer (BNR-ZD, 12stellig)										Posteingangsstempel
Name, Vorname / Betriebsbezeichnung										
Ort										Anzahl Anlagen
Empfänger (zuständige Behörde)										Eingang im PEB registriert: 500=Antrag 511=Änderungsantrag

<b>Antragstellerstammdaten</b>	Der Stammdatenbogen ist im Kalenderjahr nur einmalig <b>mit dem ersten Antrag</b> für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER einzureichen.
<input type="checkbox"/>	Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.
<input type="checkbox"/>	Ich/Wir haben den aktuell gültigen Stammdatenbogen bereits eingereicht.
<input type="checkbox"/>	Ich/Wir reiche/n den Stammdatenbogen nach. Anträge, deren gültiger Stammdatenbogen am Stichtag für die Antragstellung nicht vorliegt, sind unvollständig und werden abgelehnt.

### 1. Antrag auf Projektförderung

<b>1.1 Adresse des Antragstellers/der Antragstellerin<sup>1)</sup></b>			
Straße, Hausnummer			
Postleitzahl	Ort	Landkreis	
Telefon privat oder		Telefon dienstlich	
E-Mail		Telefax	
<input type="checkbox"/> Fachlicher Ansprechpartner für diesen Antrag <sup>2)</sup>			
Telefon	Telefax	E-Mail	

### 1.2 Auswahl Förderprogramm

**Ich/Wir beantrage/n eine Projektförderung für die Maßnahme**

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Teil A der RELE, Ländlicher Wegebau FP 6302 | <input type="checkbox"/> Teil C der RELE, Feststellung und Neuordnung der Eigentumsverhältnisse, freiwilliger Land-tausch, Flurbereinigung FP 6104 Ausführungskosten |
|--|--|

<sup>1)</sup> Rechtsverbindlich sind nur die Angaben im aktuellen Stammdatenbogen.

<sup>2)</sup> Verbindliche Erklärungen abgeben, darf nur der im Stammdatenbogen benannte Vertretungsberechtigte (oder Vollmachtnehmer).

## 2. Angaben zum Vorhaben

Kurzbezeichnung des Vorhabens

--

Das Vorhaben dient der Umsetzung einer/s:

- lokalen Entwicklungsstrategie nach LEADER (LES)  
Vorhaben muss auf Prioritätenliste der LAG stehen.
- integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK)  
Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle beifügen.
- integrierten Gemeindeentwicklungskonzeptes (IGEK)  
Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle beifügen,  
wenn Zuschlag auf den Fördersatz gewährt werden soll.
- Stadtentwicklungskonzept (ISEK)  
Erklärung der für die Aktualisierung der ILEK zuständigen Stelle beifügen

### 2.1 Investitionsort (falls abweichend von den Angaben in Nr. 1.1)

Gemeinde	Ortsteil
Postleitzahl	Gemarkung, Flur, Flurstücke

### 2.2 geplanter Durchführungszeitraum

von (Monat/Jahr)	bis (Monat/Jahr)
------------------	------------------

### 2.3 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung

(z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, was soll wie gemacht werden, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei),  
bitte gesondert einreichen (alle Antragsteller nur Teil A der RELE: Maßnahmeblätter, Übersichtspläne, Karten, Bauzeichnungen)

--

## 2.4 Erwartete Wirkung des Vorhabens

Ausbaulänge Wege und Ausbaulänge →

m

Landschaftsanlagen →

ha/m

Erschlossene Fläche →

ha

## 2.5 Vorherige Förderungen des Vorhabens

Das unter Ziffer 2 genannte Objekt wurde in den vergangenen 12 Jahren gefördert und die Zweckbindungsfrist ist noch nicht abgelaufen.

nein

ja, gefördert

ja, die Zweckbindungsfrist besteht noch

Wenn ja:

Fördermaßnahme	Jahr der Förderung
Bewilligungsbehörde	Aktenzeichen
Was wurde wie gefördert?	

## 2.6 Andere Förderungen

Für das beantragte Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt.

nein

ja, beantragt

ja, erhalten

Wenn ja:

Bewilligungsbehörde und Aktenzeichen	Andere öffentliche Förderung Datum und Betrag in Euro		
	beantragte Zuwendung aber nicht entschieden	bewilligte Zuwendung	ausgezahlte Zuwendung

## 3. Finanzierungsplan

### 3.1 Gesamtausgaben des Vorhabens

Art	
Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (Netto)	<b>Euro</b>
Umsatzsteuer	<b>+</b> <b>Euro</b>
Gesamtausgaben (Brutto)	<b>Euro</b>

### 3.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich/Wir beantrage/n, dass die Umsatzsteuer als zuwendungsfähige Ausgabe berücksichtigt wird.<sup>3</sup>

nein

ja

<sup>3</sup> Die Umsatzsteuer kann als zuwendungsfähige Ausgabe nur berücksichtigt werden, wenn der Antragsteller für das Vorhaben weder nach § 15 UStG vorsteuerabzugsberechtigt ist noch die Durchschnittssatzbesteuerung anwendet. Der Antragsteller muss die Umsatzsteuer endgültig tragen.

Wenn ja:

Die für die Eingangsleistungen<sup>4</sup> des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen oder ich verwende die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende.

→ **Ausgaben unter 3.3 als Nettoangaben (ohne Umsatzsteuer) erfassen**

Die für die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens in Rechnung gestellte Umsatzsteuer kann ich nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abziehen und verwende die Eingangsleistungen des beantragten Vorhabens auch nicht in einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb, für den ich die Durchschnittssatzbesteuerung (§ 24 UStG) anwende.

→ **Ausgaben unter 3.3 mit Umsatzsteuer, soweit diese nicht nach § 15 UStG als Vorsteuer abgezogen werden kann, erfassen.**

(Zusätzlich ist das „Formular zur Bescheinigung des Steuerstatus bei einem Fördervorhaben“ auszufüllen und mit den entsprechenden Unterlagen an das für Sie zuständige Finanzamt zu übersenden. Die Bescheinigung des Finanzamts ist zum letzten Zahlungsantrag vorzulegen.)

### 3.3 Finanzierung

<b>I. Gesamtausgaben</b> laut 3.1 Brutto		Euro	
<b>II. nicht zuwendungsfähige Ausgaben</b> <sup>5</sup>		Euro	-
<b>III. Fremdmittel</b> <sup>6, 7</sup>	a) Leistungen Dritter /Spenden	Euro	
	b) andere öffentliche Zuschüsse <sup>8</sup>	Euro	
	<b>Fremdmittel gesamt</b>	Euro	-
<b>IV. Zwischensumme zuwendungsfähige Ausgaben (= I. - II. - III.)</b>		Euro	=
<b>V. Eigenmittel</b> auf zuwendungsfähige Gesamtausgaben	Bare Eigenmittel, Kredite	Euro	
	anrechenbare private Spenden / Leistungen Dritter <sup>6, 7, 9</sup>	Euro	
	Unbare Eigenleistungen <sup>10</sup>		
	<b>Eigenmittel gesamt</b>	Euro	-
<b>VI. beantragte Zuwendung</b>	<b>Betrag</b>		

### 4. Bereitstellung der Zuwendung

Die Zuwendung soll wie folgt bereitgestellt werden:

Zuwendung insgesamt	davon zur Auszahlung im			
EUR	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ EUR	Jahr 20__ EUR

<sup>4</sup> **Eingangsleistungen** sind alle Leistungen, die der Unternehmer für sein Unternehmen erhält. Hierbei kann es sich z. B. um Wareneinkäufe und um bezogene Dienstleistungen handeln. Werden diese Leistungen von einem anderen Unternehmer mit Umsatzsteuer bezogen, kann der die Leistungen empfangende Unternehmer die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer als Vorsteuer abziehen.

<sup>5</sup> Nicht zuwendungsfähig sind Ausgaben gemäß RELE 2014-2020, Teil A Nr. 5.2.2, Teil C Nr. 5.2.2, Fußnote 3 beachten.

<sup>6</sup> Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe Fußnote 9.

<sup>7</sup> Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen.

<sup>8</sup> z.B. Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä.

<sup>9</sup> Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder b) bei Zuwendungen von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen.

<sup>10</sup> Unbare Eigenleistungen sind nicht zuwendungsfähig.

## 5. Weitere Angaben zum Antragsteller nur für Teil A der RELE

Ich/Wir bin/sind für das Vorhaben :

- Eigentümer                       Erbbauberechtigter  
 Träger der Baulast             Inhaber eines dinglich abgesicherten Nutzungsrechts  
 Nutzungsberechtigter mit langfristigem Nutzungsvertrag

Die Bauerlaubnis liegt vor                       ja     nein

Die Straßenausbaubeitragsatzung ist beschlossen     ja     nein

## 6. Anlagen

Diesem Antrag sind folgende Anlagen (sofern zutreffend) beigelegt:

- Kostenschätzung, private Antragsteller 3 Kostenvoranschläge  
 erforderliche (Bau-) Genehmigung (en), u. a. Genehmigung UNB, Wasserbehörde (nur Teil A der RELE)  
 erforderliche Beschlüsse der Vertretungsorgane (z.B. Gemeindevertretung)  
 Eigentumsnachweis (nur Teil A der RELE)  
 Nutzungsnachweis und Zustimmung des Eigentümers, wenn Eigentümer und Antragsteller nicht identisch (nur Teil A der RELE)  
 Erklärung über die Aktualisierung der ILEK durch den Landkreis (sofern zutreffend),  
 Leader Vorhaben: bestätigte Prioritätenliste der LAG  
 Anlage zum Antrag – Angaben zu den Auswahlkriterien ländlicher Wegebau (alle Antragsteller Teil A der RELE)  
 Maßnahmeblätter, Übersichtspläne, Karten, Bauzeichnungen (nur Teil A der RELE)  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

## 7. Erklärungen

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

### Erklärungen in Bezug auf den Antragsteller

Ich/Wir erkläre/n dass,

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist,
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände gesichert ist,
- für das beantragte Vorhaben wird/wurde keine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt,
- über mein/unser Vermögen/Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungs-/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder durch mich/uns beantragt wurde,
- nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:  
die den Antrag unterzeichnende/n Person/en für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet/haften.

## Erklärungen in Bezug auf den Antrag

Mir/uns ist bekannt, dass

- der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen der Angaben im Stammdatenbogen und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen

Ich/Wir erkläre/n dass,

- **die Gesamtfinanzierung gesichert ist,**
- **mit der Durchführung des Vorhabens noch nicht begonnen wurde** und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. der Genehmigung des vorzeitigen Vorhabenbeginns begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten),
- der Inhalt der Richtlinie/n RELE 2014-2020 in der jeweils gültigen Fassung mir/uns bekannt ist,
- der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER-Förderprojekten bekannt ist,
- die im Zusammenhang mit der Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Genehmigungen vorliegen bzw. beantragt werden und eventuelle Nebenbestimmungen beachtet werden,
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

Mir / Uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag einschließlich dem Stammdatenbogen und in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Tatsachen / Angaben und Erklärungen, von denen die Gewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ich/wir nach § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. LSA S. 724) i. V. m. § 2 Abs. 1 des SubvG vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034) verpflichtet bin / sind, der bewilligenden Stelle **unverzüglich** alle Tatsachen mitzuteilen, die für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung von Bedeutung sind.

Mir / Uns ist ferner bekannt, dass die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann. chtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name der/s Antragsteller/s /Vertretungs-  
berechtigten in Druckschrift

\_\_\_\_\_  
Unterschrift der/s Antragsteller/s/Vertretungsberechtigten